

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 29. April 2010, 17.00 – 20.45 Uhr
Sitzungsort Pfarreizentrum
Vorsitz Irène Zingg-Vetter

PROTOKOLL NR. 316

Anwesend 28 Einwohnerratsmitglieder
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt Thomas Zemp

Traktandenliste

1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation Seite 3
2. Bericht und Antrag Nr. 1422 Abrechnung Beitragszahlungen an Hochstammobstbäume Seite 4
3. Bericht und Antrag Nr. 1418 Jahresbericht 2009 Seite 6
4. Fragestunde Seite 10
5. Postulat Nr. 620/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Buslinienverlängerung der Linie 4 bis Zihlmattweg / Kreisel Horwerstrasse Seite 11
6. Postulat Nr. 621/2010 von Heidi Pieper-Berdux, FDP, und Mitunterzeichnenden: Flexible Anmeldeöglichkeiten und Nutzung für den Mittagstisch und Schulrandzeitenbetreuung Seite 11
7. Dringliche Interpellation Nr. 582/2010 von Markus Bider, CVP: Bewegung und Veränderung im Schulhaus Mattli Seite 13
8. Interpellation Nr. 580/2009 von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnenden: Ersatzentschädigungen bei Bauauflagen Seite 19
9. Interpellation Nr. 584/2010 von Heidi Pieper-Berdux, FDP: Öffentliche Busverbindung vom Quartier Biregg nach Horw Seite 23

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

Mitteilungen der Präsidentin

Personelles

Sacha Woodtli, SVP, hat ein Gesuch um Entlassung aus dem Einwohnerrat gestellt. Der Gemeinderat hat dem Gesuch heute Morgen stattgegeben.

Gratulationen

Als Einwohnerratspräsidentin durfte ich im April 19 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Neueingänge

26. März 2010: Postulat Nr. 621 von Heidi Pieper-Berdux, FDP, und Mitunterzeichnenden: Flexible Anmeldeöglichkeiten und Nutzung für den Mittagstisch und Schulrandzeitenbetreuung
29. März 2010: Dringliche Interpellation Nr. 582/2010 von Markus Bider, CVP: Bewegung und Veränderung im Schulhaus Mattli
29. März 2010: Interpellation Nr. 583/2010 von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnenden: Nutzung Naherholungsgebiet und Sichere Verbindung Bereich Zihlmattweg
29. März 2010: Interpellation Nr. 584/2010 von Heidi Pieper-Berdux, FDP: Öffentliche Busverbindung vom Quartier Biregg nach Horw

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung ist folgendes Geschäft in Rechtskraft erwachsen: Bericht und Antrag Nr. 1413 Budget 2010, 2. Version.

Protokoll

Das Protokoll Nr. 315 der Sitzung vom 25. März 2010 wurde noch nicht zugestellt. Wir werden dieses an der nächsten Sitzung genehmigen.

Wie Sie gehört haben, ist Sacha Woodtli durch den Wegzug nach Luzern relativ kurzfristig aus dem Einwohnerrat ausgeschieden. Sacha Woodtli war Mitglied der Bürgerrechtsdelegation und um die nächste Sitzung zu entlasten beantrage ich, die Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation als Traktandum aufzunehmen.

Heute Morgen wurden die Fraktionschefs und ich von dem Antrag der SVP orientiert. Die Mehrheit der Ratsmitglieder hat noch keine Kenntnis davon und konnte sich auch nicht darauf vorbereiten. Damit wir die Wahl vornehmen können, ist eine Neutraktandierung notwendig und der Einwohnerrat muss diese mit einer 2/3-Mehrheit beschliessen.

Was ich jetzt sage, betrifft nicht die Kandidatur des SVP-Vertreters oder die SVP, es betrifft auch nicht das Wahlgeschäft im Konkreten, sondern es geht mehr um Allgemeines. Wir haben in der Vergangenheit und jetzt auch heute wieder bezüglich Traktandenliste und Geschäftsabhandlungen im Einwohnerrat verschiedentlich Vorgänge erlebt, die an der Grenze des Reglementarischen sind. Natürlich können wir heute mit einer 2/3-Mehrheit der Nachtraktandierung zustimmen und ich werde dem auch zustimmen, aber ich möchte an alle Fraktionen appellieren, dass wir uns in Zukunft wirklich nur in dringenden Fällen auf solche speziellen Lösungen beziehen. Wir haben nicht ohne Grund ein Reglement, das gewisse Sachen vorgibt, das den fairen Umgang miteinander regelt

Sprecher/in

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

und ich würde mir wünschen, dass man das Reglement nicht so ausreizt, so dass am Schluss, bei weiteren strittigen Fällen die eine oder andere Fraktion sagen könnte, dass wir bei den einen nachgegeben hätten und wir bei ihnen jetzt nicht nachgeben würden. Das schafft ein schlechtes Klima und Unmut zwischen den Fraktionen, was unnötig ist und ich möchte darum bitten, dass man sich in Zukunft mit solchen Sachen etwas zurückhält und auch wieder ein wenig strenger an das Reglement denkt.

Abstimmung:

Antrag von Robert Odermatt, die Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation für die heutige Sitzung zu traktandieren.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Dringliche Interpellation Nr. 582/2010 von Markus Bider, CVP: Bewegung und Veränderung im Schulhaus Mattli

Kurz vor den Osterferien ist bekannt geworden, dass im Schulhaus Kastanienbaum fünf Lehrpersonen auf Ende des Schuljahres gekündigt haben und dass eine Lehrperson das Schulhaus bereits verlassen hat. Das ist angesichts der Grösse der Schule ein erheblicher Notpass vom Lehrkörper. Bemerkenswert ist auch, dass sich nach meiner Einschätzung junge und engagierte Kräfte entschlossen haben, den Arbeitsplatz zu verlassen. Die Schulverwaltung und die Schulleitung haben die betroffenen Eltern gestern über die Situation orientiert. Es ist klar geworden, dass die Ursachen der Kündigungswelle komplex sind und sich dem genauen Verständnis der Verantwortlichen vorläufig entziehen. Der Informationsanlass konnte nach meiner Einschätzung die Sorge der Eltern über die zukünftige Marschroute nur teilweise befriedigen und eine gewisse Unsicherheit ist geblieben. Das Ziel der Interpellation ist sicherzustellen, dass die Hintergründe des Führungsproblems rasch ausgeleuchtet werden, dass die notwendigen Schlussfolgerungen formuliert und umgesetzt werden. Notwendig ist die Analyse natürlich auch im Hinblick auf das laufende Organisationsentwicklungsprojekt, das möglicherweise mitverantwortlich oder ursächlich mit der bedauerlichen Entwicklung zusammenhängt. Meines Erachtens ist die Aufarbeitung dringlich, weil sichergestellt werden sollte, dass die verbliebenden Lehrkräfte angemessen geführt werden können und sich die Situation nicht weiter ausdehnt. Letztendlich führt der Stress der Lehrer früher oder später auch zu Stress für die Kinder. Aus dem Grund bitte ich den Rat, der Dringlichkeit der Interpellation zuzustimmen.

Markus Bider (CVP)

Der Dringlichkeit wird nicht opponiert.

Markus Hool (FDP)

1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation

Als Nachfolger von Sacha Woodtli als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation schlagen wir Marcel Zimmermann vor.

Robert Odermatt
(SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	3
Gültige Wahlzettel	25
Absolutes Mehr	13

Gewählt ist mit 25 Stimmen Marcel Zimmermann.

2. Bericht und Antrag Nr. 1422 Abrechnung Beitragszahlungen an Hochstammobstbäume

Eintreten GPK

Die GPK verzichtet absichtlich darauf, eine politische Würdigung des Berichtes vorzunehmen, weil wir das Ganze vor kurzem ausführlich debattiert haben. Die GPK stellt fest, dass die Auflistung korrekt ist und dass die Verbuchung und der Verbuchungsnachweis einwandfrei und korrekt sind. Wir beantragen Ihnen, auf den B+A einzutreten und wir haben mit 7:0 Stimmen beschlossen, diesen auch zu genehmigen.

Eintreten CVP

Aus Sicht der CVP geht ein erfolgreiches Programm zu Ende. Ein erfolgreiches Programm darum, weil wir in Horw den Schwund der Hochstammobstbäume tatsächlich stoppen konnte. Man muss allerdings, wenn man die Entwicklung der Zahlen anschaut, ein differenziertes Bild entwerfen, weil aus den Grafiken nicht klar hervorgeht, wie die Entwicklung vorher gelaufen ist bzw. wie sie während dem Programm gelaufen ist. Jedenfalls sind wir überzeugt, dass wir mit dem Geld etwas für die Landschaft, und der Halbinsel im Speziellen, leisten konnten und bedauern, dass das Programm nicht mehr weitergeführt wird. Gleichzeitig verbinden wir das Bedauern auch mit der Hoffnung, dass durch die Einstellung der Gemeindebeiträge keine negative Entwicklung in dem Bereich stattfindet, weil man erst dann mit dem Vermissen anfängt, wenn es nicht mehr da ist. Die CVP ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum B+A Nr. 1422.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1422.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1422.

Eintreten L2O

Wer in den letzten Tagen über die Halbinsel spaziert ist und die blühenden Obstbäume gesehen hat, muss ehrlicherweise sagen, dass ohne diese Bäume ein wichtiges Landschaftselement fehlen würde. Die L2O nimmt nach wie vor mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Weiterführung des Förderprogramms für Hochstammobstbäume damals vom Rat abgelehnt worden ist. Die Anerkennung und Wertschätzung der Bauern für ihren Aufwand findet so keine Fortsetzung mehr. Leider müssen wir heute in den sauren Apfel beißen und haben somit die Abrechnung von den Förderbeiträgen vorliegen. Zu hoffen bleibt, dass im Rahmen des Vernetzungsprojektes durch andere Förderbeiträge von Bund und Kanton das einmalige Landschaftsbild nach wie vor erhalten bleibt. Es fällt auf, dass am Anfang der Beitragszahlungen die Anzahl der Hochstammobstbäume gestie-

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

René Meyer (SVP)

Roger Jenni (FDP)

Franz Leipold (L2O)

gen ist, dann hat sie sich auf hohem Niveau eingependelt und gegen Ende der 10-jährigen Beitragsphase leicht abgenommen. Vielleicht haben da die Bauern schon damit gerechnet, dass das Unterstützungsprogramm in dieser Form nicht mehr weitergeführt wird. Die Abnahme ist sicher nicht durch den Feuerbrand zu begründen, da Horw davon ziemlich verschont worden ist.

Nichtsdestotrotz: Die Äpfel und Birnen sind ausgepresst und dem Bartli sein Most ist geführt! In dem Sinne: Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1422.

Ich möchte keine politische Würdigung abgeben, es ist mir aber ein Anliegen, im Namen der Bauern und Bäuerinnen Danke zu sagen. Mit dem Programm für Hochstammobstbäume haben diese in den letzten 10 Jahren die Wertschätzung der Öffentlichkeit für ihre Leistung erfahren. Das ist nicht selbstverständlich, tut aber gut.

Heiri Niederberger
(CVP)

Als 1999 das Programm gestartet wurde hat man gewusst, dass der Bestand der Hochstammobstbäume bereits stark abgenommen hat und die Gemeinde Horw hat darum das kommunale Förderprogramm lanciert. Dieses hat, als Dank für die Pflege der Obstbäume, die Beiträge an die Landwirte verdoppelt. Zudem hat man damals schon, ziemlich pionierhaft, der Vernetzung mit der Öko-Verordnung vorgegriffen und bereits schon die Mehrbeiträge für Obstbäume in der Nähe der Ökowiese gegeben. Die Idee hat man also damals schon verfolgt und man konnte mit mehr Vereinbarungen auch mehr Gelder abholen. In Horw sind in den letzten Jahrzehnten 80 % der Hochstammobstbäume verschwunden, dank dem Förderprogramm konnte der Bestand dann aber gehalten und die massive Abnahme gestoppt werden. Auch andere Gemeinden im Kanton hatten solche Programme gestartet, der genaue Vergleich liegt aber nicht vor, auch weil das Programm nicht mehr weitergeführt wird. Aber sicher ist zu sagen, dass wir einen landschaftlichen Erhalt fördern konnten. Es wurde das Vernetzungsprojekt lanciert, wir konnten bereits Vereinbarungen mit Landwirten von der Halbinsel und vom Pilatushang aushandeln und wir hoffen, dass die Obstbäume, die wir jetzt noch haben, auch weiterhin erhalten bleiben.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

2.2 Teuerungsrechnung

Es heisst, dass keine Teuerung verrechnet wurde und es war auch nicht vorgesehen, dass eine Teuerung ausgerichtet wird. Man liest immer wieder, das seien Beiträge für Bauern gewesen. Es waren aber grundsätzlich keine Beiträge für Bauern, sondern es waren Beiträge für die Leistungen, die die Bauern erbracht haben. Wenn Sie das z.B. mit der Teuerung bei einem Bauwerk, das 10 Jahre dauert, vergleichen, dann würden Sie mehrfach den Kredit zahlen, den Sie für die Bäume ausgegeben haben und niemand würde davon reden, das seien Beiträge an Strassenbauer oder Hochbauer oder wen auch immer gewesen. Es wäre ganz klar die Abgeltung einer Leistung und auch in diesem Fall ist es die Abgeltung einer Leistung. In Zukunft, wenn Sie über solche Beiträge an die Landwirtschaft befinden möchte ich Sie bitten daran zu denken, dass das nicht irgendwelche Beiträge an Bauern sind, sondern Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen, die auch statistisch ausgewiesen sind.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Abstimmung:

Die Abrechnung Beitragszahlungen an Hochstammobstbäume im Betrag von 478'620.00 Franken wird einstimmig genehmigt.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

3. Bericht und Antrag Nr. 1418 Jahresbericht 2009

Eintreten GPK

Der vorliegende Bericht ist weniger umfangreich als derjenige vor Jahresfrist, was als positiv betrachtet wird. Hinsichtlich der Zielsetzung ist er mit dem Budget 2009 deckungsgleich. Manche Zielsetzungen konnten in der Berichtsperiode nicht erreicht werden und bleiben pendent, wovon namentlich die Bereiche Bau und Finanzen betroffen sind. Wie weit das auf knappe personelle Ressourcen zurückzuführen ist, wurde in der GPK kontrovers behandelt.

Die Umfrage bezüglich der Mitarbeiterzufriedenheit wurde auf freiwilliger Basis und anonym durchgeführt. Sie ergab eine hohe Quote von 87 % positiven Rückmeldungen. Getrübt wurde dieses Resultat allerdings durch einen enttäuschenden Rücklauf von knapp 42 %. Der Gemeinderat wird diesbezüglich Abklärungen treffen und die Kommission dann wieder orientieren.

Die Freiraumstudie "Zentrum Nord bis Krienserstrasse" wurde offenbar absichtlich nach Basel vergeben. Sie wird im kommenden B+A zur Ortskernerweiterung und Erneuerung Gemeindehaus und Oberstufenschulhaus anzutreffen sein. Bei der Siedlungsentwässerung werden sich die Zahlen hinsichtlich der Übernahme von Pumpwerken und Verbandskanälen durch REAL noch etwas ändern.

Der Schlussabschnitt bei 2.18, Wirtschaft, ist missverständlich und widerspiegelt die geringe Bedeutung unseres Standortmarketings.

Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Eintreten BVK

Im Groben haben wir zwei Themenblöcke diskutiert. Einerseits ist es um die Vergabe von Arbeiten an Unternehmer ausserhalb der Gemeinde gegangen, wofür Frau Bernasconi aber sinnvolle Erklärungen geliefert hat. Andererseits ist uns aufgefallen, dass viele Arbeiten nicht abgeschlossen werden konnten, was nicht ganz dem Jahresziel entspricht. Es ist festzuhalten, dass vor allem der Bau betroffen ist. In dem Jahresbericht sind mehr als die Hälfte der Ziele baurelevant und von neunzehn Zielen konnten nur zwei abgeschlossen werden. Das ist unserer Meinung nach zu wenig, das Verhältnis sollte eher umgekehrt sein. Es gibt immer Erklärungen, warum das nicht erreicht wurde und die Erklärungen der Gemeindevertreter sind auch nachvollziehbar. Trotzdem möchten wir zusammenfassen, dass ein Jahresziel anders formuliert sein sollte. Es sollte messbar sein und so, dass man es in dem Jahr erreichen kann. Wir möchten anregen, genauere Ziele zu formulieren, z.B. hätte man bei der Sanierung der Kantonsstrasse, Abschnitt Merkur bis Herrenwald, ein erreichbares Ziel formulieren können, denn man wusste ja, dass die Abschlussarbeiten mit dem Deckbelag erst dieses Jahr vorgenommen werden. Die BVK nimmt den Jahresbericht einstimmig zur Kenntnis und ist für Eintreten.

Eintreten GSK

Zu Beginn der GSK-Sitzung wurde die Frage aufgeworfen, wie der Gemeinderat den Rücklauf von nur ca. 42 % der Fragebogen einschätzt. Eigentlich könnte man ja auch annehmen, dass die fehlenden Eingaben auf unzufriedene Adressaten zu deuten sind. Eine vertiefte Interpretation dieser Tatsache steht seitens des Gemeinderates noch aus.

Alwin Larcher (SVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Urs Hediger (CVP)

Aus der Behandlung der sozial- und gesundheitsrelevanten Themen ergaben sich folgende Punkte:

Schularzt:

Der neue Leistungsauftrag ist stark finanzlastig. Es handelt sich hier um eine Muster-Leistungsvereinbarung, welche auch für diverse umliegende Gemeinden standardisiert ist. Wir fahren also keinen Extrazug! Es wird angeregt, die Leistungsvereinbarung auch einmal auf die Qualität der Umsetzung zu überprüfen, nicht dass allenfalls oberflächliche "Schnelluntersuchungen" nicht zu den gewünschten Zielen führen.

Kirchfeld:

Durch die Eröffnung der Dementenstation "Lindengarten" war zu Beginn nicht ganz klar, in wie weit der Zusatzaufwand erfolgen wird. Die Führungsstruktur wurde nun auch auf Grund dessen durch die Anstellung einer Leiterin "Administration und Finanzen" angepasst. Die neu geschaffene Stelle erledigt nicht nur die Administration, sondern man erhält mehr Selbständigkeit durch z.B. Rechnungsstellung mit Mahnwesen wie auch das Führen der Kreditorenbuchhaltung im Kirchfeld.

Soziale Wohlfahrt:

Bei den Massnahmen zur "Förderung der Integration" handelt es sich um ein Projekt des Bundes. In den Spielgruppen wird durch eine spezielle Förderung die deutsche Sprache auf spielerische Art und Weise vermittelt. Auch wird durch die sogenannten "Kulturvermittler" bei Eltern aktiv nachgehakt, um sie mit zusätzlichen Informationen auf diverse Punkte hinzuweisen, um auch sie zur aktiven Teilnahme zu überzeugen.

Generell:

Der Jahresbericht 2008 war etwas ausführlicher. Der jetzt vorliegende Jahresbericht ist ein bisschen schwer einzuschätzen und gibt nicht so recht Auskunft über die erwähnten Themen. Die Kommission macht beliebt, ein allfälliges Zurverfügungstellen des departementsinternen Jahresberichtes an die GSK zu prüfen.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und nimmt den vorliegenden B+A Nr. 1418 zur Kenntnis.

Eintreten CVP

Auch unserer Fraktion ist aufgefallen, dass etliche der Jahresziele nicht erreicht wurden. Dass das möglicherweise mit sorgfältigen Formulierungen abgedeckt werden könnte, ist bereits gesagt worden. Was wir zusätzlich noch beliebt machen würden, ist eine zusammenfassende Würdigung des Gemeinderates am Schluss des Berichtes im Hinblick auf alle Ziele. Wir sind der Auffassung, dass der Jahresbericht ein gutes Controllinginstrument ist, das auch dem Einwohnerrat als Legislative erlaubt, die Fortschritte in den wesentlichen Schwerpunktgebieten der Exekutivarbeit zu verfolgen. Die CVP wird bei einzelnen Positionen noch einen Antrag auf Bemerkung stellen und beantragt dem Rat, auf das Traktandum einzutreten und den Jahresbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Markus Bider (CVP)

Eintreten SVP

Der Gemeinderat legt uns einen 12 Seiten umfassenden Jahresbericht vor. Dieser Bericht ist übersichtlich und verglichen mit dem letzten Jahr in einem reduziertem Umfang.

Markus Bachmann (SVP)

Die SVP stellt sich Fragen bezüglich der Mitarbeiterzufriedenheit, wenn bei einer entsprechenden Umfrage der Rückfluss nur knapp 42 % beträgt. Was ist mit den anderen 58 %? Sind das alles unzufriedene Mitarbeiter? Das sind Fragen, die man klären muss.

Mit der Eröffnung der Dementenstation Lindenfeld hat auch der administrative Aufwand zugenommen. Die ansteigende Fluktuation der Bewohner führte zu einer Zunahme der

Belastung, welche jetzt durch die Anstellung einer Leiterin Administration aufgefangen wird.

Zur Wirtschaftsförderung fällt auf, dass einerseits im Bericht erwähnt wird, dass trotz engem Kontakt mit der kantonalen Wirtschaftsförderung keine Neuzuzüge gemeldet worden sind. Trotzdem hat es in Horw neue KMU-Betriebe gegeben. Sind das aus dem einheimischen Gewerbe entstandene Neugründungen?

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme des Bericht und Antrages.

Eintreten FDP

Uns wurde mitgeteilt, dass wir noch genaue Zahlen vom Rückfluss der Mitarbeiterumfrage erfahren werden. Der hohe Personalaufwand für die Registerharmonisierung, Punkt 2.5, führte bei uns zu der Frage, wer für die Kosten aufkommt. Unter Punkt 2.16, Siedlungsentwässerung, ist eine Unstimmigkeit bei den Zahlenangaben. Eine entsprechende Frage werden wir in der Detailberatung vortragen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Kenntnisnahme und Eintreten auf den B+A Nr. 1418.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Eintreten L2O

Wir haben uns die Frage zu den erwähnten fehlenden personellen Ressourcen im Gemeindehaus im Finanz- und Baubereich gestellt. Es ist eine Entwicklung, die man schon ab und zu andiskutiert hat und ich finde, man sollte das einmal zu Boden reden und allenfalls Lösungsmöglichkeiten suchen, damit man in Zukunft die Ziele wirklich erreichen kann, die man sich setzt. Die Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit ist schwierig zu beurteilen, weil der Rücklauf nicht so gross war. Wir fragen uns, was die Ziele der Umfrage sind und es wird auch von Verbesserungspotenzial gesprochen. Wo liegt das und in welcher Frist will man das umsetzen? Ich habe noch ein paar Stichworte aus dem ganzen Bericht, die wir positiv zurückgeben möchten. Was wir sicher gut finden, ist die Partizipation bei der Gestaltung des Seebads anlässlich des Umbaus. Wir finden es auch sehr gut, dass das Gebiet Oberstufenschulhaus, Gemeindehaus und Alterswohnen jetzt mit einer Gesamtschau bearbeitet wird und uns in nächster Zeit im Einwohnerrat vorgelegt wird. Wir finden es auch gut, dass ein Energierichtplan erarbeitet wird, der Potenzial in unserer Gemeinde aufzeigen kann. Wir finden es auch gut, dass das Vernetzungsprojekt weitergeführt wird und wir hoffen, dass im Bereich Wirtschaft die Gemeinde in Zukunft mehr Erfolg hat in der Ansiedlung von KMU, so dass der Text nicht so drastisch daher kommen muss, wie es jetzt im Bericht steht. Wir hoffen natürlich auch, dass der Südbahnhof entsprechende positive Auswirkungen haben wird, man muss sich aber auch aktiv darum bemühen und halt auch da personelle Ressourcen parat machen, damit das erwartete Wachstum im Bereich Arbeitsplätze auch erreicht werden kann. Die L2O ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1418.

Jörg Stalder (L2O)

Wir haben den Jahresbericht ganz bewusst schlanker gestaltet, dies auch aufgrund der Kritik vom letzten Jahr. Der Bericht basiert auf den Zielen, die wir Ihnen jeweils unterbreiten. Die Kennzahlen sind immer noch eine Pendenz und ich hoffe, dass diese im nächsten Jahresbericht 2010 abgebildet werden können. In dem Zusammenhang wäre eine Kennzahl auch die bezüglich der Zielerreichung. Wenn man Kennzahlen hat, dann hat man eine Soll- und eine Istgrösse und wenn es eine Abweichung gibt, gibt es auch eine entsprechende Begründung.

Markus Hool (FDP)

Ein Thema war auch die Zielformulierung bzw. generell die Zielerreichung und ich kann das nur unterstützen, wir sind auch ein wenig unglücklich über das Fazit. Wir werden im nächsten Jahresbericht darauf schauen, dass wir die Zielformulierung wirklich ganz klar und auch realistisch formulieren. Ich darf in dem Zusammenhang aber auch darauf hinweisen, dass die Zielerreichung nicht immer in unserer Macht liegt, sondern auch an verschiedensten Einflüssen von aussen liegt. Bei der Abrechnung der Kanalisation

Zihlmattweg z.B., sind wir von der Stadt Luzern abhängig. Es gibt also neben den internen auch immer externe Faktoren.

Detailberatung

2.1 Management, Personal und Organisation

Namens der CVP-Fraktion stelle ich einen Antrag auf Bemerkung. Element 1 der Bemerkung ist, dass die Mitarbeiterzufriedenheit bei nächster Gelegenheit wieder überprüft werden sollte, also nicht als Abschluss, sondern als Weiterführung zu markieren ist. Das Zweite ist, wenn man es weiterführt, sollen neben der Zufriedenheit auch noch harte Faktoren wie Fluktuations- und Absenzenrate mitevaluiert werden, so dass wir zusätzlich noch gewisse Indikatoren über den Stand der Zufriedenheit bekommen.

Markus Bider (CVP)

Der Gemeinderat wird das Geschäft erst nächste Woche in der Klausur behandeln. Die Kennzahlen betreffend Fluktuation sind bekannt und werden in Zukunft auch entsprechend erscheinen. Den Rücklauf der Mitarbeiterumfrage werden wir speziell analysieren, wobei man nicht davon ausgehen darf, dass kein Rückfluss generell negativ ist.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung von Markus Bider, die Mitarbeiterzufriedenheit bei nächster Gelegenheit wieder zu überprüfen und somit nicht als Abschluss, sondern als Weiterführung zu markieren. Zusätzlich zur Zufriedenheit soll auch die Fluktuations- und Absenzenrate evaluiert werden.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Dem Antrag wird mit 23:0 Stimmen zugestimmt.

2.8 Bildung

Das Ziel bei der schulischen Heilpädagogik ist die "Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen betreffend integrativer vs. separativer Förderung". Im ersten Satz vom Kommentar haben Sie bereits "detaillierte Entscheidungsgrundlagen zur Einführung der integrativen Förderung" und im letzten Satz heisst es, dass der Grundsatzentscheid der Schulpflege im Dezember 2010 fällt.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich habe Mühe mit solchen Entwicklungen und Formulierungen, weil ich den Eindruck nicht los werde, dass da einmal mehr nicht offen informiert, Tatsachen, die geschaffen werden sollen, nicht beim Namen genannt werden und dann der Einwohnerrat irgendwann vor vollendeten Tatsachen steht. Wenn am Anfang vom Ziel steht, man würde das gegeneinander abwägen und aufgrund dessen einen Entscheid treffen und am Schluss des Kommentars steht, dass die Schulpflege entscheiden wird, dann ist das keine offene und ehrliche Informationspolitik und es erinnert mich ganz unglücklich an das berühmte Wort "ergebnisoffen". So etwas ist natürlich nicht ergebnisoffen. Dazu kommt, dass mit dem Grundsatzentscheid, den die Schulpflege im Begriff ist zu fällen, massive Kosten auf die Gemeinde zukommen. Mir ist aufgrund der Aussagen nicht klar, ob man das einführen muss und darum die Schulpflege gar nicht zu einem anderen Entscheid kommen kann, dann wäre aber das Ziel falsch formuliert, oder ob man wählen kann und dann wäre es eigentlich angemessen, wenn man das Parlament bei solchen finanzrelevanten Entscheidungen rechtzeitig informieren würde. Sonst stehen Sie am Schluss vor einem Scherbenhaufen, dann werden wir mit dem Budget über so etwas befinden müssen und dann wird das Parlament bockig werden und dann wird man sagen, man sei jetzt schon so weit und man müsse doch usw. Das sind genau die unglücklichen Entwicklungen, die sich anbahnen und die man eigentlich, wenn man rechtzeitig und umfassend informieren würde, vermieden werden könnten. Ich erinnere an den letzten Artikel vom Fischauge im Blickpunkt, das gehört genau zu dem Thema, damit man vertrauensvoll zusammenarbeiten kann.

Es ist richtig, dass man von der Zielformulierung her die beiden Grundsatzmodelle, integrative vs. separative Förderung, anschaut. Ein Entscheid ist noch nicht gefallen, ich kann aber sagen, dass es für alle Schulen um uns herum, im ganzen Kanton Luzern, in Richtung integrative Förderung geht. Wir haben auch abgeklärt, wie die rechtliche Situation ist, ob es überhaupt ein "Muss" ist, das ist nicht der Fall. Das Projekt IF haben wir übrigens auch im Finanz- und Aufgabenplan. Man muss auch sehen, was das heisst, einerseits haben wir in Horw in gewissen Schulhäusern einen Schritt in die Richtung gemacht und zweitens haben wir die damit verbundene Auflösung der Kleinklassen. Je nach Grösse der Kleinklasse kann das natürlich relativ wenig Mehrkosten geben, zumindest was die betriebliche Seite anbelangt. Eine Folge, die aber auf uns zukommt, sind die Kosten durch mehr Schulraum, da ist dann die Frage, wie man das abgrenzen würde und ob der Schulraum wegen sinkender Schülerzahlen zur Verfügung steht, d.h. ob man diesen nicht anders nutzen kann oder ob man im Extremfall irgendwo vergrössern muss. Das sind tatsächlich Fragen, die noch im Detail abgeklärt werden müssen. Auch für uns ist es ausserordentlich störend und sehr bemühend, immer wieder feststellen zu müssen, dass vom Kanton irgendetwas initiiert wird und irgendwo auf einem Nebengleis nachher eingeschleust wird, so dass man eigentlich fast nicht anders kann.

Markus Hool (FDP)

Ich bin mir nicht sicher, ob wirklich so viele Gemeinden, vor allem grosse Gemeinden, bereit sind, umzustellen. Im Moment sind es ja vor allem die kleinen Gemeinden, für die ist es natürlich ein Vorteil, weil die separative Förderung zum Teil mit einem rechten Aufwand verbunden ist und die integrative Förderung eher einen geringen Aufwand bedeutet. Ich bin mir auch nicht so sicher, ob es bei den Löhnen so eine grosse Entlastung gibt, es sind ja dann andere Fachpersonen, die für die integrative Förderung beigezogen werden müssen. Es ist richtig, dass man einmal Entscheidungsgrundlagen erarbeitet und diese offen einander gegenüberstellt. Ich stelle den Antrag auf eine Bemerkung, dass man den Einwohnerrat in geeigneter Form rechtzeitig über die Punkte, die der Gemeindepräsident erwähnt hat, informiert. Welche Gemeinden machen das? Was hat das für approximative Kosten in den Bereichen Löhne und Räumlichkeiten zur Folge? Ich denke, es wäre gut, wenn der Einwohnerrat rechtzeitig darüber informiert wird.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung von Hans-Ruedi Jung, den Einwohnerrat in geeigneter Form über die Entscheidungsgrundlagen der schulischen Heilpädagogik zu informieren.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Dem Antrag wird mit 25:0 Stimmen zugestimmt.

2.16 Siedlungsentwässerung

Mit den Zahlen ist ein Durcheinander gemacht worden, und zwar heisst es, dass von den Kosten von 2.4 Mio. Franken für die Sanierung der Abwasserpumpwerke ca. 30 %, 500'000 Franken, vom Verband und Kriens übernommen werden. Sind das 800'000 Franken oder effektiv 500'000 Franken?

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Irgendetwas stimmt mit den Zahlen nicht, ich kann es im Moment aber nicht aufschlüsseln.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Abstimmung:

Der Jahresbericht 2009 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

4. Fragestunde

5. Postulat Nr. 620/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Buslinienverlängerung der Linie 4 bis Zihlmattweg / Kreisel Horwerstrasse

Mit der starken Bautätigkeit auf der Allmend, was zu mehr Wohnraum, Freizeitanlagen und zu mehr Verkehr führt, ist eine neue Verkehrsführung durchaus angebracht. Für die Gemeinde Horw soll damit einerseits die Buslinie 20 entlastet werden, andererseits besteht aufgrund der neuen Infrastruktur, z.B. das Hallenbad, auch die einmalige Gelegenheit, das Bireggquartier mit Horw zu verbinden. Eine mögliche Haltestelle bei der Grüneggstrasse liegt in einer machbaren Fussdistanz zum oberen Quartierteil, z.B. der Busendstation. Es führt auch innerhalb der Gemeinde Horw nicht jeder Bus bis vor die Haustür, sprich Stirnrütiquartier oder das Quartier Winkel, die auch in etwas weiteren Distanzen zur nächsten Haltestelle sind. Mit der Verlängerung der Linienführung, das ist rund 1 km, dürfte auch die disponible Zeit der Warteschlange Hubelmatt verringert werden, d.h. die Aufenthaltszeit der Linie 4 an der Endstation beträgt pro Bus rund 6 bis 7 Minuten, die man für die Verlängerungsfahrt von rund 1 km nützen könnte. Der jetzige Kostendeckungsgrad der Linie 4 sieht gemäss Auskunft des Amtes für öffentlichen Verkehr eigentlich nicht so gut aus. Ein allfälliges neues Kundensegment, auch aufgrund der Wohnblöcke und der Freizeitanlagen könnte helfen, die Auslastung der Linie zu verbessern. Wer für einen kundenorientierten und benutzerfreundlichen öffentlichen Verkehr ist, der unterstützt das Postulat.

Urs Rölli (FDP)

Es wurde ein interessanter Aspekt aufgezeigt, den wir selbstverständlich entgegennehmen und mit dem Verbund diskutieren werden. Vielleicht haben Sie vor ein paar Wochen in der Zeitung gelesen, dass die vbl bzw. der Verbund die Vision hat, die 20er-Linie zu elektrifizieren, wenn das mit dem Brünigbahnübergang nicht mehr aktuell ist. Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

6. Postulat Nr. 621/2010 von Heidi Pieper-Berdux, FDP, und Mitunterzeichnenden: Flexible Anmelde-möglichkeiten und Nutzung für den Mittagstisch und Schulrandzeitenbetreuung

Für die Schulrandzeitenbetreuung und den Mittagstisch gelten in Horw u.a. folgende Anmeldeformalitäten:

- fixe Tage in der Woche
- Anmeldung immer bis Ende Schuljahr
- Angebote müssen regelmässig besucht werden.

Diese Formalitäten sind für Frauen, welche in Teilzeitberufen unregelmässig und auf Abruf (z.B. wetterabhängig) arbeiten, hinderlich.

Dem Wandel der heutigen Gesellschaft sollte Rechnung getragen werden. Eine qualitativ gute Tagesbetreuung für Kinder ist bei den heute flexiblen Arbeitszeitmodellen eine wichtige Voraussetzung.

Die FDP Horw fordert eine flexible Tagesbetreuung (ähnlich wie z.B. in Rothenburg) mit einem Mix von fix vergebenen Betreuungsplätzen (Anmeldung fürs Schuljahr oder eine individuelle fixe Periode) und eine Möglichkeit für diejenigen, die sich kurzfristig anmelden (Vorabend bis 18.00 Uhr). Diese Massnahme soll nicht a priori zusätzliche Plätze

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

schaffen, sondern mögliche "Unterdeckungen" besser ausgleichen, was zu einem besseren Deckungsgrad führen kann.

Ich ersuche den Gemeinderat:

- das Betriebskonzept betreffend Anmeldung diesbezüglich zu ergänzen
- einen nachfrage- und auslastungsorientierten Belegungsplan aufzuzeigen.

Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Der Gemeinderat ist bereit, die Flexibilisierung in der Kinderbetreuung zu verbessern. Mit den Tageseltern haben wir aber schon die Möglichkeiten, dem Anliegen entgegenzukommen, wenn jemand sehr flexible Betreuung braucht, die vielleicht nicht genau unserem Zeitenmodell entspricht. Aber es ist sicher nötig, das im Sinn einer besseren Auslastung zu prüfen, wenn eine Unterdeckung vorhanden wäre. Wir nehmen das Postulat gerne entgegen und werden das im nächsten Schuljahr probeweise umsetzen und Erfahrungen sammeln.

Oskar Mathis (L2O)

Wir haben in Horw einen Kleinkindergarten auf privater Basis und die Flexibilität diesbezüglich ist etwas vom Vorbildlichsten, was ich je gesehen habe. Wenn man feststellen kann, dass das in so einem kleinen Kindergarten dermassen brilliant umgesetzt werden kann, kann das für die Gemeinde Horw nur eine Motivation sein, das auch umsetzen zu wollen. Das Postulat hat ja immer nur eine bedingte Verbindlichkeit und darum möchte ich mit Nachdruck sagen, dass unbedingt etwas in die Richtung gehen soll. Nicht nur, dass geprüft wird und nachher nicht gehandelt, sondern dass geprüft und gehandelt wird.

Roger Jenni (FDP)

Wir unterstützen das Postulat sehr gerne. Für Eltern, die nicht regelmässige Arbeitszeiten haben ist es wichtig, die Gewissheit zu haben, dass sie ihre Kinder auch unregelmässig an einem guten Ort betreuen lassen können. Der Gemeinderat hat schon gesagt, dass dafür heute die Tageseltern ein sehr guter Betreuungsort sind. Beim Mittagstisch und der Schulrandzeitenbetreuung ist es sicher gut, wenn man das prüft. Unser grosses Anliegen ist, dass man schaut, dass konstante Gruppen, also fixe Betreuungsplätze grösser sind als die flexiblen Betreuungsplätze und dass die Kinder in einer konstanten Gruppe, an die sie gewöhnt sind, betreut sein können. Es geht ja nicht nur darum, dass sie kommen und essen, sondern es ist eine Betreuung über den Mittag da. Wenn immer wieder die Gruppenzusammensetzung wechselt, entsteht eine Unruhe. Man kann z.B. sagen, ein bis zwei Plätze für flexible Betreuung offen zu lassen, so dass die Betreuung nicht darunter leidet. Für kurzfristige Anmeldungen am Vorabend möchte ich darauf hinweisen, dass man in den Schulhäusern einmal das Projekt SOS eingeführt hat. Wenn es irgendwo in einer Familie einen Notfall gibt, stellen sich Eltern, die zu Hause sind und am Mittag kochen zur Verfügung, dass man sich melden und für 5 Franken sein Kind zum Mittagessen abgeben kann. Für Einzelfälle ist das eine sehr gute Sache, es ist auch von der Elternmitwirkung an den einzelnen Schulhäusern initiiert und unterhalten worden und falls das an gewissen Orten wieder eingeschlafen ist würde ich anregen, das wieder aufzunehmen.

Beatrice Heeb-Wagner (L2O)

Die SVP hat grundsätzlich nichts dagegen, dass man einen entsprechenden Belegungsplan ausarbeitet, allerdings müsste das kostenneutral sein. Wir bezweifeln das bei einer Flexibilisierung so eines Angebotes. Bei einer Flexibilisierung kann man sich ja auch überlegen, ob man das für die Nacharbeit oder Sonntage auch noch einführen möchte, das würde zwangsläufig zu zusätzlichen Kosten führen. Die SVP wird so etwas nur unterstützen, wenn es kostenneutral geht.

Markus Bachmann (SVP)

Ich staune schon, dass man die Flexibilität nicht dort möchte, wo es für Eltern schwierig ist, kurzfristig jemanden zu finden. Wenn man unregelmässig arbeitet ist es zum Teil schwierig, im Voraus gut zu planen, denn die Tageseltern haben auch ihre eigenen Bedürfnisse. Dementsprechend müsste die Gemeinde etwas anbieten und die Flexibilität bieten, und zwar zu Gunsten der Kunden und der Kinder und nicht für ein wildes Kinderhüten. Dafür gibt es auch Fachpersonen am Mittagstisch und ich finde, die sollten das im Griff haben, wenn auch 10 oder 20 % der Kinder nur einmal in der Woche kommen.

Urs Rölli (FDP)

Ich möchte an einem persönlichen Beispiel aufzeigen, warum die Notwendigkeit gegeben ist. Wir haben einen Gastronomiebetrieb und Anfragen für ein Catering sind oftmals innert Wochenfrist. Wir beschäftigen Frauen, die Kinder im Schulalter haben und nebenbei in dem Job einspringen. Es gibt den Frauen eine grosse Befriedigung, weil sie selber Geld verdienen können und weil sie in der Gesellschaft integriert und nicht nur Mutter sind. Sie können sich mit dem selber Verdienten auch zusätzlich einmal etwas leisten und mit dem Zusatzverdienst gibt das immer noch zusätzliche Steuerabgaben. Unser Sozialvorsteher hat einmal erzählt, dass von einem investierten Franken 1.80 Franken retour kommen, man muss also nicht nur die Aufwandseite anschauen, sondern auch die Ertragsseite. Sie machen der Wirtschaft einen Gefallen, Sie machen den einzelnen Müttern einen Gefallen und ich glaube den Kindern letztendlich auch, wenn sie nicht irgendwo an drei Orten hin und her geschubst werden.

Roger Jenni (FDP)

Wir sind überzeugt, dass Kinder eine Betreuung brauchen und sind durchaus damit einverstanden und die Betreuung soll auch flexibel sein. Mit dem SOS-Angebot wollte ich nicht sagen, dass man "wilde" Betreuung anbieten sollte, sondern dabei geht es wirklich um Notfälle. Eine konstante Betreuung für Kinder ist wichtig und eine flexible Betreuung soll nicht dafür gebraucht werden, dass man allenfalls freie Plätze auf Biegen und Brechen füllt und es dann eine Gruppendynamik gibt, die für die Kinder und die Betreuung Unruhe bringt. Ich finde es gut, wenn man das auf das nächste Schuljahr einmal anschaut. Auch wenn das Schulhaus Biregg geschlossen wird, wird das wahrscheinlich ein Thema werden. Es sollte ein guter Mix aus flexiblen und festen Betreuungsplätzen sein, wobei die festen Plätze in der Mehrzahl sein sollten.

Beatrice Heeb-Wagner
(L2O)

7. Dringliche Interpellation Nr. 582/2010 von Markus Bider, CVP: Bewegung und Veränderung im Schulhaus Mattli

Bei der Begründung der Dringlichkeit der Interpellation habe ich die wesentlichen Aspekte bereits gesagt. Im Moment ist der Begründung der Einleitung nichts hinzuzufügen.

Markus Bider (CVP)

Die Schulpflege und der Gemeinderat bedauern die Situation, wie sie sich heute präsentiert. Ich möchte aber auch festhalten, dass der Unterricht gewährleistet ist und das ist ja der Kernauftrag der Schule. Wir haben im Schulhaus Mattli verschiedene Abgänge, konnten für das neue Schuljahr aber bereits alle Stellen besetzen. Auch für das neue Schuljahr können wir also formulieren, dass der Unterricht sichergestellt ist. Die Schulpflege als Milizorgan ist nicht ganz immer so schnell wie z.B. der Gemeinderat sein könnte. Sie hat diese Woche die Informationsbeschaffung von den Eltern und bezüglich dem Lehrerteam abschliessen können. Da ist seit einiger Zeit eine Person tätig, die die Lehrpersonen befragt hat und in der Zwischenzeit auch das Feedback an die Schulleitung und die Schulpflege gegeben hat, zumindest an die Personen der Schulpflege, die dort involviert sind. Das sind der Präsident, das zuständige Schulpflegemitglied und ich als Schulverwalter. Erste Massnahmen sind auch bereits eingeleitet wor-

Markus Hool (FDP)

den, man war also nicht untätig. Die für die Informationsbeschaffung hinzugezogene Person, Frau Zumstein, wird jetzt auch ein Mandat erhalten, um den Teamentwicklungsprozess weiterzuführen. Wir haben nächsten Dienstag eine Schulpflegesitzung und dann werden wir eine saubere Lagebeurteilung vornehmen und auch über das Massnahmenpaket befinden. Wir haben einen Konflikt, den dürfen wir nicht schönreden, aber es ist auch ganz wichtig, dass wir jetzt nicht hyperventilieren und dramatisieren. Die Lösung benötigt in jedem Fall Zeit, weil es ein komplexes Problem ist, das nicht einfach mit einer Massnahme aus der Welt geschafft werden kann. Es sind verschiedene Sachen, die sich überlagern und deshalb benötigen wir eine gewisse Zeit, wir benötigen auch eine gewisse Ruhe und das ist im Moment eher schwierig. Ich möchte damit nicht sagen, dass wird das im Stil von Laisser-faire machen wollen, sondern wir sind uns bewusst, dass wir das in den Griff bekommen müssen.

Zu den Fragen:

1. *Was weiss der Gemeinderat über die Beweggründe dieser Rücktritte?*

Der Gemeinderat ist als Synonym für die Schulpflege zu verstehen, das sind zwei Organe, die jetzt zuständig sind, primär ist es aber Sache der Schulpflege und die Schulpflege weiss auch immer ein wenig mehr als der Gemeinderat.

Auf Ende des Schuljahres werden sieben Lehrpersonen das Schulhaus Mattli verlassen. Nach Information der Schulleitung und des Rektors sind vier Austritte begründet durch:

- Pensionierung
- Ablauf des befristeten Arbeitsvertrages
- seit einiger Zeit in Aussicht gestellter Wechsel in eine Basisstufenschule
- Weiterstudium.

Drei Austritte stehen im Zusammenhang mit dem Konflikt. Die Gründe sind:

- andere Vorstellung einer geleiteten Schule
- Arbeitsklima
- Unstimmigkeit mit Schulleitung.

Ich möchte Ihnen kurz die Relation aufzeigen, Wir haben im Schulhaus Mattli insgesamt 23 Lehrpersonen, wir sprechen von 7 Kündigungen und wenn man das noch ein wenig genauer anschaut, dann verlassen 3 von 23 Lehrpersonen das Team wegen dem Konflikt.

2. *Stehen die Fälle aus Sicht des Gemeinderates in einem inneren Zusammenhang?*

Die drei erwähnten Fälle muss man dort subsumieren, das ist für uns völlig klar.

3. *Falls dem so ist, worin besteht dieser und worauf sind die Kündigungen zurückzuführen?*

Ich habe bereits drei Gründe genannt, ich kann aber auch noch sagen, dass die weiteren Aspekte, die man vom Schulhausteam, sei es in Schreiben oder in Gesprächen gehört hat, folgende Punkte betreffen:

- unklare bzw. widersprüchliche Kommunikation
- zu kleine Präsenz der Schulleitung vor Ort
- zu wenig Partizipation/Mitsprache
- fehlende Wertschätzung.

Frau Zumstein, die externe Unterstützung hat das Schulhausteam noch im Detail befragt und dabei kam Folgendes heraus:

- Problem des Organisations- und Führungsmodells, das vor zwei Jahren eingeführt wurde
- eine zu wenig aktive Rolle der Schulpflege
- Führungspersonen (Rektor / Schulleitung)
- Eigenverschulden vom Schulhausteam, das interessanterweise auch noch erwähnt wurde.

4. *Welche Massnahmen wurden oder werden getroffen, um Ähnliches in der Zukunft und an andern Schulen möglichst zu verhindern?*

Ich möchte Ihnen kurz den Ablauf schildern, was wir in der Zwischenzeit bereits gemacht haben:

- 8. März: Teamsitzung bzw. Aussprache mit Präsenz des zuständigen Schulpflegemitglieds
- 15 Lehrpersonen haben eine externe Unterstützung durch die Schulberatung beantragt. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Mit Frau Zumstein von der Dienststelle für Volksschulen fand am 26. März eine erste Sitzung statt. Das Resultat habe ich Ihnen erläutert. Am 20 April hat Frau Zumstein den Präsidenten der Schulpflege, das zuständige Mitglied der Schulpflege, den Rektor, die Schulleitung und mich als Schulverwalter informiert.
- Ebenfalls am 20. gab es eine erste Lagebeurteilung und wir haben Frau Zumstein dort bereits gesagt, dass sie ihr Mandat für den Teamentwicklungsprozess mit den verbliebenen Lehrpersonen und ab dem neuen Schuljahr auch mit den neuen Lehrpersonen weiterführen soll.
- Am 26. April fand vor Ort eine Besprechung mit dem Präsidenten der Schulpflege, dem Schulhausteam und mir statt. Dort haben wir auch an das Schulhausteam appelliert, dass sie den Unterricht, auch unter den erschwerten Randbedingungen, bis zum Ende des Schuljahres in qualitativ einwandfreier Form weiterführen sollen.
- Gestern gab es die Orientierungsveranstaltung mit den Eltern, es waren rund 120 Personen anwesend.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir in den letzten Wochen intensiv gearbeitet haben, damit wir im nächsten Jahr wieder voll auf Kurs sind und alle Stellen konnten bereits besetzt werden.

An der Schulpflegesitzung vom nächsten Dienstag erfolgt eine fundierte Lagebeurteilung und wir werden dann über die Massnahmen befinden.

5. *Wie beurteilt der Gemeinderat die von der Schulleitung gewählte Kommunikationspolitik, welche allen möglichen Gerüchten eher Vorschub leistet als diese zu klären?*

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass im vorliegenden Fall die Schulpflege die zuständige Behörde ist. Der Gemeinderat wird jeweils via Schulverwalter, also durch mich, orientiert. Die Schulpflege wurde vom Rektor über die Situation orientiert.

In unserer Organisation ist es so, dass wir das Lehrerteam haben, die Schulleitung, den Rektor und die Schulpflege. Kleine Probleme auf operativer Ebene oder Tagesgeschäfte bleiben bei der Schulleitung, wenn es grösser wird geht es zum Rektor und wenn es noch grösser wird, werden wir entsprechend informiert. Das benötigt natürlich eine gewisse Zeit. Aus Sicht der Schulpflege hat man erst im Verlauf vom Monat März, durch den Eingang der Kündigungen, das Ausmass gesehen, was aber nicht heisst, dass das Problem nicht schon vorher vorhanden war und auf der unteren Ebene erkannt worden ist. Wir sind vorher über gewisse Sachen informiert wor-

den, aber die sieben Austritte waren erst im März bekannt und das hat auch mit dem Kündigungstermin zu tun. Es gibt zwei Kündigungstermine und einer davon ist Ende März.

Dann haben wir mit einem ersten Informationsschreiben die Eltern informiert, dass Abgänge zu verzeichnen sind, aber zu dem Zeitpunkt auch fast alle Stellen schon wieder besetzt waren. Mittlerweile sind alle Stellen besetzt. Wir haben gesehen, dass wir informieren müssen, aber wir haben ganz bewusst so lange gewartet, um das Ausmass zu sehen und gleichzeitig die gute Botschaft übermitteln können in der Hoffnung, dass wir eine Beruhigung der Situation herbeiführen können. Man muss sagen, dass das ein Wunsch war, der nicht Realität wurde. Es fing dann langsam an zu eskalieren, auch durch den Einbezug der Medien. Durch die Interpellation war das natürlich schon einmal in der Zeitung präsent, es gab aber auch, und das ist das Unschöne daran, anonyme Briefe an das Schweizer Fernsehen. Wir konnten sie mit knapper Not davon abhalten, mit einem Beitrag in der Sendung Schweiz aktuell beglückt zu werden.

Als wichtigste Akteure im System haben wir die Kinder, natürlich mit den Eltern zusammen, wir haben die Lehrpersonen und natürlich die Schulleitung. Zwischen Lehrpersonen und Eltern/Kindern sind wir aus Sicht der Schulpflege der Meinung, zur richtigen Zeit auf die richtige Art kommuniziert zu haben. Es versteht sich auch, dass man über den Konflikt, weil er ja auch sehr stark personenspezifisch und ein sehr sensibles Gebiet ist, sicher nicht über die Medien informiert. Ich habe auch rückblickend nicht das Gefühl, dass man etwas viel schneller oder auf eine andere Art hätte machen müssen, aber wir werden das selbstverständlich einmal kritisch hinterfragen. Auch für das weitere Vorgehen ist es natürlich klar, dass die Kommunikation ein Bestandteil des Massnahmenpakets ist. Das versteht sich in der Situation, in der wir uns heute befinden, als selbstverständlich.

Ich bin mit dem wesentlichen Aspekt zufrieden, beantrage aber Diskussion.

Markus Bider (CVP)

Vorab ist es mir ein Anliegen, dem Schulhausteam Mattli den Dank auszusprechen, weil auch mein Eindruck ist, dass trotz der ganzen Querelen der Schulbetrieb nach meinem Dafürhalten professionell weiterläuft und nicht gestört ist und das stellt den Beteiligten ein gutes Zeugnis aus.

Wenn ich subsumiere, sind gestern Abend drei Punkte aufgekommen, die in der Antwort des Gemeindepräsidenten nur teilweise dargelegt wurden. Ein Aspekt ist, dass mehrfach gesagt wurde, dass das Problem vermutlich schon seit längerem bestanden hat und dass es erstaunlich ist, wie spät offensichtlich die verantwortlichen Gremien auf die Brisanz der Sache aufmerksam geworden sind. Dass sie erst zu einem Zeitpunkt reagieren konnten, wo es eigentlich schon zu spät war. Es wurde auch gesagt, dass die Massnahmen, die jetzt hauptsächlich in einer Mediation und einem Kommunikationseffort gipfeln, langsam ergriffen wurden und jetzt auch Zeit brauchen, bis sie wirklich greifen. Die Wirksamkeit der Mediation wird sicher positiv beurteilt, etliche der Anwesenden haben aber ihrem Eindruck Ausdruck gegeben, dass es möglicherweise noch mehr braucht als eine Mediation. Eine Mediation, die der Teambildung dient, ist sicher eine gute Sache und absolut notwendig. Ein Hinterfragen der Strukturen und den Trägern der Strukturen scheint ein Anliegen zu sein, das jetzt im Massnahmenkatalog nicht erwähnt wurde. Mir ist bewusst, dass die Teambildung Zeit brauchen wird und ich bin mit meinem Vorredner einig, dass es nicht sehr opportun ist, die Angelegenheit jetzt in ihrer ganzen Breite und den ganzen Schritten öffentlich darzulegen.

Die aktuellen Vorfälle können wir im Rat nicht abschliessend beurteilen, weil wir zum Teil die Hintergründe nicht kennen. Was mir Bedenken macht, ist der Umgang bzw. die

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Konsequenzen und ich möchte das an drei Themen festmachen.

Das, was mir am meisten unter den Nägeln brennt, ist die Informationspolitik der Schule. Sie können davon ausgehen, wenn irgendeine Person ausserhalb einer der genannten Gremien Kenntnis von einem Missstand oder einem vermeintlichen Missstand hat, dass im Nu auch eine Menge anderer Leute Kenntnis davon haben. Dann nützt es nichts, Rücksicht auf einzelne Personen zu nehmen, wenn nachher trotzdem alles bekannt wird und Sie brockenweise bekannt geben müssen, was Sache ist und wenn dadurch, dass Sie es brockenweise bekannt geben und nicht von Anfang an informieren, Gerüchte aufkommen. Ich habe schon damals beim Schulhaus Biregg gesagt, dass es unglücklich war und es ist jetzt halt hier auch wieder so. Es geht mir auch zeitlich nicht auf. Sie sagen, am 31. März sei der Kündigungstermin gewesen, aber am 25. März hat ein Ratsmitglied in der Fragestunde die Frage gestellt, ob es zutrefte, dass es im Schulhaus Mattli Probleme gebe, worauf drei oder vier andere, die Kinder im Schulhaus Mattli haben, fast vom Stuhl gefallen sind, weil sie nichts gewusst haben. Da kann es doch nicht sein, dass ein Ratsmitglied Bescheid weiss oder halb Bescheid weiss und drei oder vier andere, die Eltern sind, nichts wissen. Da läuft etwas falsch in der Informationspolitik, da gibt es Wissen oder Nichtwissen, das vorhanden ist, das andere nicht haben und genau das ist das Problem von dem, was jetzt passiert ist. Wenn man proaktiv informieren würde, wie das bei jedem Unglücksfall geschieht, und es passiert halt einfach, wenn Menschen am Arbeiten sind, könnte man vielen der Gerüchte entgegen treten, und zwar rechtzeitig. Schade finde ich auch den Rahmen, wie man gestern die Informationsveranstaltung abgehalten hat. Ich habe gelesen, wer eingeladen wurde und wer nicht und von mir aus gesehen ist das auch wieder falsch, weil es wiederum Spekulationen Vorschub leistet. Dort sehe ich grosse Defizite bei unserer Schule und ich meine nicht Einzelpersonen, sondern die Schule als Ganzes, alle die mit Informationen in dem Bereich betraut sind.

Das zweite Thema ist das Personelle. Ich bin überhaupt kein Freund von vorschnellem Köpferollen, so wie das teilweise zu lesen war. Ich finde es daneben, weil ich davon ausgehe, dass das Fachleute sind, die mit bestem Wissen und Gewissen arbeiten und täglich versuchen, ihr Bestes zu geben. Aber ich habe vorhin gesagt, wenn Menschen arbeiten, passieren Fehler. Das Problem ist, wenn sich Fehler häufen oder wiederholen und das Problem ist, wenn das von der oberen Stufe nicht erkannt wird. Ich kann nicht beurteilen, wo der Wurm drin ist, aber irgendwo am Kopf stinkt der Fisch und an dem Kopf muss man arbeiten und zwar nicht mit Köpferollen, dann ist der Fisch tot, sondern man muss die verantwortliche Stelle begleiten. Wir wissen, dass es an der obersten Stufe der Schule Probleme gibt, nicht nur im Zusammenhang mit dem Schulhaus Mattli. Sie haben zwar vor zwei Jahren wunderbare Evaluationen über die einzelnen Schulhäuser machen lassen. Aber ich hinterfrage den Wert so einer Evaluation, wenn man nachher so eine Eskalation, wie sie jetzt stattgefunden hat, nicht auch in die Bewertung einbezieht. Von mir aus gesehen ist eine enge Begleitung der obersten Gremien der Schule nötig und nicht einfach eine Schuldzuweisung an irgendeine Person, willkürlich ausgewählt, weil sie sich als bestes Ziel anbietet.

Das dritte Thema ist das Organisatorische. Ich habe es gesagt, die Evaluation des Kantons stelle ich natürlich infrage, wenn die Resultate für jedes Schulhaus wunderbar sind und zwei Jahre später kommt so ein Konflikt zum Vorschein, wo man eigentlich vorher gewusst hat, dass nicht alles so in Ordnung ist, wie die Evaluation des Kantons geltend machen wollte. Das weiss ich nicht vom Schulhaus Mattli, aber ich weiss es von einem anderen Schulhaus. Da kann man schon sagen, es sei alles im grünen Bereich und nachher zur Tagesordnung übergehen, irgendwann bricht es halt wieder aus. Ich stelle auch die grundsätzliche Frage, ob die Schulpflege noch zeitgemäss ist in der heutigen Zeit. Die Schulpflege stammt aus einer Zeit, in der Schulpfleger noch mit Schulbesuchen betraut waren und aus einer Zeit, wo die Schulpflege auch ganz andere Funktio-

nen gehabt hat als heute. Ich habe bei der letzten Revision der Gemeindeordnung schon darauf hingewiesen, dass es eigentlich völlig widersinnig ist, dass die Kompetenzen in ganz verschiedenen Gremien sind. Wir haben eine Schulpflege, die als Exekutive wirkt, eine Schulverantwortung hat, aber keine Finanzverantwortung im engeren Sinn. Wir haben einen Gemeinderat, der eine Entscheid- und Finanzverantwortung hat und wir haben einen Einwohnerrat, der eigentlich nichts zu entscheiden, aber eine Finanzverantwortung hat. Man sieht die Schwierigkeiten gerade jetzt, mit der Reaktionszeit so einer Schulpflege. Die Schulpflege kann nichts dafür, das ist grundsätzlich im Organisatorischen enthalten. Eine Schulpflege kann offenbar nicht genug schnell reagieren und darum muss man sich fragen, ob das organisatorisch eine angemessene Einheit ist. Ich werde mir überlegen, ob man nicht die Gemeindeordnung ändern müsste im Hinblick darauf, dass man die Schulpflege zu einer gemeinderätlichen, oder wie es die Stadt hat, zu einer parlamentarischen Kommission macht.

Als letztes habe ich noch ein Anliegen, und zwar wissen Sie, dass wir bei der Einführung der Schulsozialarbeit immer dafür plädiert haben, dass der Schulsozialarbeiter nicht direkt der Schulleitung bzw. dem Rektor unterstellt ist. Das hat im vorliegenden Fall jetzt keine Bewandnis, weil es den Schulsozialarbeiter für die Primarschule damals noch gar nicht gab. Aber man muss sich im Hinblick auf die Vorkommnisse überlegen, ob der Schulsozialarbeiter beim Rektorat richtig angesiedelt ist, denn er kann bei Konfliktfällen zwischen Rektorat, Schulleitung und Lehrkörper gar nicht neutral agieren. Natürlich ist er primär für die Konflikte mit den Schülerinnen und Schülern da, aber ich denke, es wäre auch eine mögliche Ansprechperson bei Konflikten innerhalb vom Lehrkörper und der Leitung der Schule.

Ich würde mir wünschen, dass man noch ein wenig kritischer mit der Situation umgeht, weniger konkret auf die Situation bezogen, weil da scheint mir, macht man jetzt die richtigen Massnahmen, aber mehr mit Bezug auf die Zukunft und mit Bezug auf die Lehre aus der Vergangenheit.

Ich war gestern an der Informationsveranstaltung, die zum Teil konstruktiv, zum Teil sehr kritisch, zum Teil aber auch unbrauchbar war. Was das Problem ist, weiss ich immer noch nicht genau. Aus den Ausführungen vom Schulverwalter und meinen Vorrednern kann ich nur sagen, dass ich mich den Voten anschliessen möchte. Was ich gestern erfahren habe ist, dass sehr viel über das Gespür, Fingerspitzengefühl und Wahrnehmung läuft. Als Externer und Nichtfachmann habe ich die Führungsstruktur und das Organigramm angeschaut und versucht zu begreifen, wie die Maschine läuft und ich muss sagen, da hat man schlichtweg auf allen Stufen Fehleinschätzungen gemacht. Hans-Ruedi Jung hat es gesagt, man hat Zahnräder in dem Werk, die gar nicht in der Lage sind, so schnell zu reagieren, wie man hätte reagieren müssen. Kurz zusammengefasst: Das Krisenmanagement in der Schulorganisation betreffend Kommunikation, Personelles, Organisatorisches und Organisationseinheiten existiert nicht, das ist für mich eine Lehre aus dem Ganzen. Ich möchte noch eine Botschaft weitergeben, und zwar komme ich noch einmal auf den Jahresbericht zurück. Beim Bereich Schule ist festgehalten, dass im Herbst 2010 wieder eine externe Evaluation der Organisation gemacht wird. Ich möchte beliebt machen, dass man unter dem Aspekt der jetzigen Gegebenheiten nicht erst bis im Herbst wartet, damit man wirklich eine Gesamtauslegung auf dem Tisch hat. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, ob wir in dem Apparat in irgendeiner Form zuständig sind oder nicht, kritische Fragen zu stellen. Die Betroffenheit bei den Eltern ist gross, das Vertrauen ist schlichtweg gebrochen, das habe ich gestern so wahrgenommen. Ich hoffe, man nimmt unsere Anregungen mit und probiert, wieder eine gute Kurve zu kriegen, damit die Situation, die wir jetzt haben, nicht ein zweites Mal passiert, denn das können wir uns nicht leisten.

Heiri Niederberger
(CVP)

Probleme bestehen auf jeden Fall und ich habe fast das Gefühl, dass sie jetzt auch ein wenig schöngeredet wurden. So schnell geht niemand zum Fernsehen oder zur Zeitung, wenn nicht so ein grosses Problem bestehen würde. Die Kommunikation muss in Zukunft schneller und besser erfolgen, weil bereits zwei bis drei Wochen bevor Herr Bider seine Interpellation eingereicht hat, hatte ich einen Telefonanruf von einem besorgten Bürger. Dort ist vor allem die Schulleitung kritisiert worden, ich konnte das nicht beurteilen und habe es deshalb auch nicht weiterverfolgt. Es wurde auch davon gesprochen, dass etwa 12 Lehrer in dem Schulhaus arbeiten, wir haben jetzt gehört, es sind 23, obwohl da wahrscheinlich auch Turn- und Musiklehrer dabei sind. Wenn 120 Leute an so eine Diskussion gehen, muss es recht brodeln. Für mich ist noch eine offene Frage, warum die Lehrpersonen nicht an den Informationsabend eingeladen wurden bzw. wann können sie sich rechtfertigen?

Marcel Zimmermann
(SVP)

Ich möchte den Vorrednern bestens für die Voten danken. Ich habe daraus sehr viel Konstruktives entnommen und kann nur sagen, dass Sie bei mir offene Türen vorfinden. Ich sehe das sehr wohl und ich bin auch froh über das Votum von Herrn Jung, der gesagt hat, dass es nicht einfach einen Schnellschuss geben kann, da das Problem relativ komplex ist und wir nicht irgendeine Massnahme machen können und es hinterher gut ist.

Markus Hool (FDP)

Zu der Frage kann ich sagen, dass der Schulpflege-Ausschuss, d.h. Schulpflegepräsident, zuständiges Schulpflegemitglied, Rektor, Schulleitung, externe Person und ich, das intensiv diskutiert haben. Ich habe Ihnen vorher dargestellt, dass wir verschiedene Anspruchsgruppen haben. Das eine sind die Lehrpersonen, das andere sind die Kinder und Eltern und das sind zweierlei Paar Schuhe. Wir haben die Form ganz bewusst so gewählt, damit wir auch einigermaßen Ruhe in den Abend bringen. Sie können sich vorstellen, was passieren würde, wenn alle Lehrpersonen da sind und das Elternpaar X über Kreuz mit einer Lehrperson zu sprechen anfängt, das wäre nicht mehr in den Griff zu bekommen. Es sind zwei verschiedene Anspruchsgruppen, der Entscheid wurde ganz bewusst gefällt und wir haben beide Gruppen abgeholt, aber separat. Ich bin wirklich überzeugt, dass es das einzig Richtige ist und dass es sonst gestern Abend entweder wahnsinnig lange oder ganz kurz gedauert hätte.

8. Interpellation Nr. 580/2009 von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnenden: Ersatzentschädigungen bei Bauauflagen

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 16. April 2010 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Grundsätzlich bin ich mit der Antwort zufrieden, verlange aber Diskussion.

Beat Imboden (FDP)

Zu Frage 2 ist ausgeführt, dass eine Kürzung des Ersatzbeitrages um rund 1/3 vorgenommen wurde. Ich möchte nachfragen, ob es auch bei anderen Bauten schon Kürzungen gegeben hat oder ist das ein Fall, der das erste Mal so vorkommt? Das Zweite zur Frage 2 ist, wir sind im Jahr 2010, die Rechnung hätte schon 2006 gestellt werden können. Es sind jetzt vier Jahre vergangen und gemäss Aussage wurde die Rechnung immer noch nicht gestellt. An was liegt das?

Zur Frage 3 wollte ich wissen, wie hoch die offene Gesamtsumme von solchen Entschädigungen ist, die im Moment noch offen ist.

Zur Verwendung der Mittel in Frage 7 leuchtet mir die Entschädigung für Parkplätze sehr gut ein. Wenn ich das hingegen bei den Spielplätzen anschau, da haben wir bei der letzten Budgetdebatte hin und her diskutiert, um Gelder für den Ersatz oder die Reparatur von defekten Spielgeräten zu bekommen resp. zu streichen. Man hat dort Abstriche gemacht und handkehrum sehe ich Beträge, die eigentlich das Ganze abdecken würden. Wieso deckt man diese Kosten nicht aus den Erträgen? Weiter interessiert mich, ob ersichtlich ist, wo die Gelder überhaupt hingeflossen sind.

Ich möchte an das Votum von Beat Imboden zur Frage 2 anknüpfen. Genau das, was er festgestellt hat, ist mir auch sauer aufgestossen. Einerseits weil nicht der volle Betrag gefordert wurde und andererseits die Begründung dazu. Es gibt im Umgang mit dem Bürger ein paar Grundsätze, einer davon ist die Gleichbehandlung. Es ist mir völlig schleierhaft, wieso private oder andere Bauherren Ersatzabgaben oder -beiträge, z.B. wegen Nichterstellung von Spielplätzen, nicht in vollem Umfang zahlen müssen. Ausgerechnet eine LUPK, die vor ein paar Jahren über die Gemeinde Horw hergezogen hat, dass diese sie übers Ohr gehauen habe und eine LUPK, die nicht müde wird, bei jeglichem Fehlen von Mitteln bzw. bei Unterdeckung, beim Staat anzuklopfen. Die gleiche LUPK wird bei uns mit einem Erlass von einem Drittel der Ersatzbeiträge für das Nichterstellen eines Spielplatzes bevorteilt mit der Begründung, sie habe keinen Platz gehabt. Genau darum macht man eine Ersatzabgabe, weil gewisse Bauherren den Platz nicht haben. Das gibt es einfach und diesen Bauherren ist auch nichts Schlechtes zu unterstellen. Dann muss ein Ersatzbeitrag geleistet werden und nachher kann die Gemeinde mit diesem Beitrag einen Ersatz leisten. Die Gemeinde hat einen Ersatz, der ist vielleicht nicht in allen Teilen befriedigend und auch nicht unbedingt so ausgeführt, wie ursprünglich in der Zentrumsplanung vorgesehen, aber den Spielplatz gibt es und der wird von der Gemeinde mit grossem Aufwand auch unterhalten, d.h. es entstehen auch wiederkehrende und nicht nur einmalige Erstellungskosten. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass man die LUPK nicht voll zur Kasse gebeten hat. Es öffnet sich aber eine Chance. Die Gemeinde hat die Rechnung nicht gestellt. Sie hat zwar den Erlass gemacht, aber man könnte jetzt auf den Entscheid zurückkommen und sagen, dass man sich getäuscht habe, es keinen Grund für einen Erlass gebe und man darum die Rechnung in voller Höhe stelle. Ich frage, ob Sie bereit sind, die Rechnung in voller Höhe zu stellen, denn es gibt objektiv keinen Grund, ohne weiteren Begründungen auf die 35'000 Franken zu verzichten.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Zur Frage 2 ist zu sagen, dass es die Spielplatzabgabe selten gibt. Wenn ein Mehrfamilienhaus erstellt wird hat man die Pflicht, einen Spielplatz zu erstellen und das wird auch gemacht. Ausser bei der Zentrumsüberbauung ist mir keine andere Spielplatzabgabe bekannt. Die Abgeltung für Parkplätze dagegen gibt es öfter, wenn man keine Möglichkeit hat die Parkplätze zu erstellen, die man erstellen müsste. Die Zentrumsplanung war eine komplexe Geschichte, die noch unter meinem Vorgänger abgehandelt wurde. Man hat 2005 die Rechnung gemäss den Abmachungen gestellt, wobei man feststellen muss, dass relativ offen formuliert ist, wie das genau gehen soll. Ich werde nachher noch versuchen, Ihnen die Komplexität ein wenig aufzuschlüsseln. Dass die Rechnung auch im 2010 noch nicht gestellt ist, ist unschön. Wir bearbeiten aber die Pendeuz, bei der die Problematik nicht die Rechnungstellung, sondern die Begründung ist. Nach der Rechnungstellung kam ein Gesuch, den Betrag zu reduzieren und man hat das gemacht, aber nicht fertiggestellt. Das ist ein Fehler.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Zur Frage 3, ob noch andere Sachen offen sind kann ich sagen, dass für Spielplatzabgeltungen nur diese Rechnung offen ist. Für die Parkplatzabgeltungen haben wir den offenen Betrag in Frage 4 erwähnt. Ein gutes Controlling ist mit unserem Bauprogramm vorhanden.

Warum der Abgeltungsbetrag im Fall der LUPK reduziert wurde, versuche ich Ihnen einigermaßen nachvollziehbar zu erklären: Die Rechnung wurde nicht sofort gestellt, weil es aus dem Ortskern heraus noch andere Pendenzen gab und man das gesamthaft betrachten wollte. Die LUPK war bei dem Ortskern gross beteiligt und die Erneuerung von dem Ortskern konnte nur gemacht werden, weil die Privaten, u.a. die LUPK, grössere Anstrengungen gemacht haben, dass der Raum so aussieht, wie er heute ist. Den Bachraum z.B. haben sie auf ihrer Seite gestaltet, sie haben also Grünraum bereitgestellt und das bei der Argumentation auch angebracht. Sie haben sich auch bei der Gestaltung des Spielplatzes, den wir auf der anderen Seite haben, eingegeben. Aus all den Gründen haben sie nachher geltend gemacht, den Betrag von rund 95'000 Franken zu reduzieren und darauf ist man eingetreten. Es ist also nicht so, dass sie nichts gemacht haben. Man muss jetzt natürlich in der Begründung eingeben, warum die Reduktion vorgenommen wurde, das wurde damals nicht fertiggestellt.

Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, dass wir den Betrag einfach wieder heraufsetzen. So frei sind wir natürlich nicht, denn das wurde verhandelt. Man muss jetzt noch einmal ermitteln, wie weit man das wirklich reduzieren kann und dann werden wir die Rechnung stellen. Wir sind auch in Kontakt mit der LUPK, sie sind sich der Rechnung bewusst und wissen auch, dass die Rechnung jetzt kommen wird.

Es sind ja die Überbauungen Ost und West und der Betrag bezieht sich auf die Überbauung Ost. Für die Überbauung West wäre eigentlich das Gleiche angefallen, denn dort wurde vom Bauträger offiziell auch kein Spielplatz vorgesehen. Im Osten konnte man es aus Platzgründen nicht machen und im Westen war schon der Spielplatz der Gemeinde vorhanden. Ich glaube, da müsste man von den Kosten her schon ein wenig differenzieren.

Beat Imboden (FDP)

Zu Frage 7 hatte ich gefragt, warum man das Geld von der Spielplatzentschädigung nicht für den Unterhalt der bestehenden Spielplätze einsetzen kann.

Das kann man natürlich schon, wir haben einfach nicht irgendwo eine Kasse dafür. In der Bilanz erscheint es aber, es ist ja nicht so, dass das nirgends ist. Die Idee, so etwas zu machen, finde ich gut, gerade in der jetzigen Zeit, in der man eher reduzieren und gewissen Unterhalt nicht mehr machen möchte. Von daher sehe ich die Möglichkeit schon, ob es jetzt bei dem Betrag geht, würde ich im Moment noch bezweifeln.

Manuela Bernasconi (CVP)

Zu der Frage der Überbauungen Ost und West ist zu sagen, dass es beide Male der gleiche Partner ist, und zwar die LUPK und das Gesamte mit diesem Partner ausgehandelt wurde.

Wie lange rechnet man noch mit den Verhandlungen?

Beat Imboden (FDP)

Nicht lange, wir werden demnächst die Rechnung stellen.

Manuela Bernasconi (CVP)

Zum Votum von Herrn Imboden möchte ich ergänzen, dass die Gemeinde auf der Forderung beharren muss, wenn die Zahlungen, die seitens der LUPK geleistet wurden, nicht objektivierbar sind. Wir vergeben doch nicht einfach 30'000 Franken, nur weil ein heutiger Eigentümer sagt, es sei schon Geld geflossen. Der Spielplatz der Gemeinde war vorher schon da und er ist jetzt wieder da und er wurde nicht in dem Ausmass erstellt, wie es ursprünglich einmal vorgeschlagen war, weil man ja mit der Zentrumsüberbauung auch noch nicht fertig ist. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass das ganze Geld dort hineingeflossen ist oder dass genügend Geld dort hineingeflossen ist. Zur Begründung, man hätte um das Haus herum Grün angelegt denke ich, dass es das

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Minimum ist, was man von einem Bauherrn erwarten darf, dass er seinen Bau mit der Gartengestaltung abschliesst, ohne dass er das an seine Ersatzabgabe anrechnet. Sonst müsste ja jeder Private kommen und sagen, dass er seinen Garten fertigstellt, wenn man ihm dafür die eine oder andere Ersatzabgabe erlassen würde. Man versucht jetzt, weil es die öffentliche Hand ist, an die man zahlen muss und man sich selber immer als halbwegs öffentlich anschaut, etwas herauszuholen. Ich bin der Meinung, dass Sie sich den Schneid nicht abkaufen lassen dürfen und bin froh, wenn Sie die Akten genau anschauen und nachher auf belegbaren Tatsachen die Beiträge noch einmal festlegen und nicht auf irgendwelchen Aussagen.

Die LUPK weist in ihren Schreiben darauf hin, dass man das gesamthaft verhandelt habe und wo sie überall etwas Zusätzliches geleistet hat und das macht sie geltend. Sie sagt auch, dass sie sich mit einem Betrag von 19'000 Franken an der Verlegung des Spielplatzes beteiligt hat und man ihnen in den Verhandlungen vorher gesagt habe, dass die Ersatzabgabe in dem Sinn geleistet werden kann, dass sie im öffentlichen Raum, im Bereich Dorfplatz, Marktgasse, Fussgängerflächen etwas machen. Dadurch ist der Spielplatz im Osten mehr zum Thema geworden als im Westen. Jetzt im Nachgang noch einmal darauf zurückzukommen und zu sagen, dass das jetzt alles nichts war, ist wahrscheinlich auch noch schwierig. Ich nehme die Anregung aber gerne entgegen, den Betrag möglichst hoch zu halten und die Rechnung zu stellen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Es gibt noch einen anderen Aspekt zu beachten, und zwar dass Sie kein Präjudiz schaffen. Was sich eine LUPK erlauben kann, gibt auch anderen Vorschub, sich in ähnlichen Belangen so zu verhalten.

Roger Jenni (FDP)

Sie führen ins Feld, dass die LUPK gewisse Eigenleistungen erbracht hat, die als Bezahlung der Ersatzabgabe angerechnet werden. Es müsste ja in einem Auftrag formuliert sein, was für Aufträge Sie gegeben haben und in welchem Umfang und mit was diese abgegolten werden können. Ich möchte Sie auch darum bitten, das mit der nötigen Konsequenz und vor allem mit der nötigen Härte durchzuführen, damit die Gemeinde zu dem Geld kommt. Es hört sich immer so an, als sei die LUPK die grosse Retterin von unserem Ortskern. Ich glaube, diese Darstellung ist ein wenig vermessen, denn es gab andere Investoren, die ebenfalls interessiert waren, so ein Objekt auf die Beine zu stellen. Von der LUPK war es auch immer eine Auflage, die nötige Rentabilität zu erreichen, sie wollte immer ihre 6 % und solange diese gewährleistet ist, müssen Sie nicht unbedingt Schamgefühle haben, die Ersatzabgabe in vollem Umfang abzukassieren.

Es sind zwei Sachverhalte vermischt worden, und zwar hat die Verlegung eines Spielplatzes nichts mit einer Ersatzabgabe zu tun. Wenn man, bedingt durch einen Bau, einen Spielplatz verlegen muss, dann geht das zu Lasten des Bauherrn, weil er der Verursacher der Verlegung ist. Dann hat er aber ein zweites Problem, nämlich dass er zu wenig Platz hat, um einen Spielplatz auf seinem eigenen Gelände zu machen und dafür ist er ersatzabgabepflichtig.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich spüre auf der Seite des Gemeinderates eine relativ grosse Verunsicherung, was das Geschäft betrifft. Selbstverständlich macht es Ihnen niemand zum Vorwurf, dass Sie bei den Verhandlungen nicht dabei gewesen sind. Es würde dem Gemeinderat aber kein Zacken aus der Krone fallen, wenn er einmal auf den Mann zurückgreifen würde, der an den Verhandlungen dabei war, nämlich Robert Sigrist. Ich bin überzeugt, dass er einiges zur Klärung beitragen könnte.

Robert Odermatt
(SVP)

Das habe ich natürlich gemacht, und zwar im Jahr 2004 und Robert Sigrist hat nicht mehr gewusst, was er da verhandelt hat. Man muss einfach sehen, dass das kein 08/15-Projekt ist, sondern das war ein komplexes Verhandlungsthema, wo man jetzt

Manuela Bernasconi
(CVP)

nicht einfach beim Spielplatz sagen kann, der sei jetzt weg, also muss es entschädigt werden. Das sind Verhandlungen gewesen, die auf verschiedenen Ebenen gelaufen sind und relativ viel über Robert Sigrist und darum hat er natürlich sehr viel Wissen gehabt, aber es 2004 schon nicht mehr gewusst und das ist das Schwammige bei dem Geschäft, das auch die Unsicherheit ausmacht.

Wenn Sie sich auf das Wissen vom alt Gemeindeammann abstützen müssen und hoffen und bangen, dass er es noch weiss, dann ist natürlich im System auch etwas falsch. Ich möchte Ihnen empfehlen, bei solchen Diskussionen ein Protokoll zu führen, dann kann man zumindest nachlesen, was vereinbart wurde.

Roger Jenni (FDP)

9. Interpellation Nr. 584/2010 von Heidi Pieper-Berdux, FDP: Öffentliche Busverbindung vom Quartier Biregg nach Horw

Ab dem neuen Schuljahr werden die Schüler vom Bireggquartier mit dem Schulbus nach Horw in die Schule geführt, da der Schulbertrieb im Bireggschulhaus eingestellt wird.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Schon öfter war eine öffentliche Busverbindung vom Quartier Biregg nach Horw ein Thema, wurde aber aus verschiedenen Gründen nie realisiert. Mit der neuen Situation, dass die Schüler mit dem Bus nach Horw geführt werden, stellt sich die Frage von Neuem.

Das ist eine absolut berechtigte Frage, schliesslich gehört das Bireggquartier zu Horw, auch wenn die Ausrichtung der einzelnen Bewohner vielleicht mehr Richtung Stadt gerichtet ist. Zu Ihren Fragen kann ich wie folgt Stellung nehmen:

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

- 1. Hat sich der Gemeinderat in letzter Zeit Gedanken darüber gemacht, wie man das Bireggquartier mit dem öffentlichen Verkehr besser an Horw anbinden kann?*
Das ist nicht nur in letzter Zeit, sondern bereits seit längerer Zeit, wo wir uns immer wieder mit dem Thema befassen. Ich erinnere z.B. an das Postulat von Hans-Ruedi Jung, der nach einer Erarbeitung eines nachfrageorientierten Buskonzepts gefragt hat. Da kann ich anfügen, dass wir bereits 2007 eine externe Firma beauftragt haben, das anzuschauen. Es kam ein Resultat, das zur damaligen Zeit hätte akzeptiert werden können, in der Zwischenzeit aber einiges anderes passiert ist. Ich erwähne einzelne Quartiere, die sich vergrössert haben und keine direkte ÖV-Anbindung haben, ich erinnere an den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof und nicht zuletzt auch das Projekt Südbahnhof bzw. die Anbindung des ÖV an den Bahnhof Horw.
- 2. Ist es möglich, dass die Bewohner/-innen vom Bireggquartier während der Fahrzeiten des Schulbusses gegen Bezahlung diesen ebenfalls in Anspruch nehmen kann?*
Es ist vorgesehen, einen auf zwei Jahre befristeten Auftrag zu vergeben. Das würde uns erlauben, nach zwei Jahren entsprechend zu reagieren und eine Veränderung von dem "Schulbus" durchzuführen. Man muss sehen, das zum Führen eines Schulbusses eine Konzessionsbewilligung des Kantons notwendig ist. Diese Konzession wird nur erteilt, wenn sie nicht in Konkurrenz zu einem bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel steht. Also da könnte man u.U. noch Diskussionen auslösen, ob man auch mit den Linien 7, 4, oder 5 nach Horw gelangen könnte.
- 3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit der Transport der Quartierbewohner/-innen von der rechtlichen Seite her möglich ist?*
Wenn es um öffentlichen Verkehr geht, ist es der Bund (Bundesamt für Verkehr), der

dazu Ja sagen muss. Und auch der Bund stützt sich natürlich auf die Konkurrenzsituation ab, bevor er das bewilligen würde.

4. *Wurde grundsätzlich die Möglichkeit in Betracht gezogen, statt eines Schulbusses einen öffentlichen Kleinbus einzusetzen resp. wurden Offerten eingeholt? Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, den Schulbus längerfristig durch einen öffentlichen Kleinbus zu ersetzen?*

Wir werden jetzt in Zusammenarbeit mit dem Gesuch um Konzession überlegen, ob wir eine Bewilligung auf Bundesebene haben möchten, das werden im Zusammenhang mit dem Verbund anschauen. Wir haben als Schulbus einen kleinen Bus für das Bireggquartier vorgesehen. Der Bus muss auch mit Sicherheitsgurten ausgestattet sein. Im Moment wäre es sehr erschwerend und es ist auch nicht vorgesehen, den Bus in der Versuchsphase öffentlich zu machen. Wir werden das mit dem Gesamtkonzept noch genau anschauen.

5. *An drei Wochentagen fährt der Bus vom Heim Kirchfeld ins Dorf und zurück und ist für die Öffentlichkeit für einen adäquaten Fahrpreis zugänglich. Ist es möglich, an diesen drei Tagen den Bus vom Kirchfeld über die Biregg zu führen?*

Das ist im Prinzip möglich, nur auch da sehen wir spontan einige Hindernisse. Der Bus hat 12 Plätze, es würde vom hin- und herfahren auch zu Verzögerungen führen, man könnte auch keine Kapazität garantieren, das würde zu Mehrfahrten führen und das müssen wir wirklich im Gesamtkonzept anschauen, bevor man eine Schnelllösung in die Wege leiten würde. Aber die Idee als solches ist bekannt und wir verfolgen diese auch weiter.

6. *Macht es für den Gemeinderat Sinn, im Zusammenhang mit dem Umnutzungskonzept des Schulhauses Biregg auch ein Erschliessungskonzept einzubeziehen um die Schulanlage Biregg attraktiver zu machen?*

Dadurch, dass wir jetzt in der glücklichen Lage sind, das Schulhaus an den Kanton vermieten zu können, der Mietvertrag wird im Kantonsrat anlässlich der Juni-Sitzung verabschiedet, hat man keinen Bedarf, das attraktiver zu machen. Dazu kommt, dass mit dem Brückenangebot vor allem ältere Schüler und grossmehrerheitlich, wenn nicht sogar alle, aus Richtung Luzern kommen und da haben wir garantiert die Situation, dass man mit der Buslinie 7 eine sehr gute Ausgangslage hat. Schlussendlich muss ich sagen, primär werden wir den Schulbus auch an die Stundenpläne anpassen, also weniger auf das öffentliche Bedürfnis, sondern auf das Schulbedürfnis.

Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Mit der Beantwortung bin ich zufrieden. Ich finde es wichtig und auch sehr wünschenswert, dass das wirklich weiterverfolgt wird. Das Bireggquartier gehört zu Horw, auch wenn die Bevölkerung mehr stadtorientiert ist.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Irène Zingg-Vetter
Einwohnerratspräsidentin

Franz Leipold
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin